

Europol

<<TableOfContents>>

<<Image(2010-EuropolOpenDoors.jpg,Open Doors bei Europol,True)>> Europol gehört zur ehemaligen dritten Säule der EU, der polizeilich-justiziellen Zusammenarbeit in [[Datenbanken EU|Europa]].

= Aufgaben von Europol =

Die Hauptaufgabe von Europol ist vor allem die Sammlung und Auswertung von Daten von Personen, die nach Glauben von Europol und den nationalen Polizeien Mitglieder Innen von mafiösen Strukturen oder TerroristInnen (dazu gehören nach Europol auch radikale Tierschützer Innen) seien. Bei Europol sind ca. 70 AnalytikerInnen angestellt, die die Hauptauswertung der Daten von Analysenprojekten zu Phänomenbereichen vornehmen. Die Koordinierung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten erfolgt durch sogenannte [[Verbindungsbeamte]], die dafür sogenannte Verbindungsbüros im Europol-Gebäude unterhalten. Für seine Hauptaufgabe die Vernetzung der europäischen Polizeibehörden betreibt Europol zwei [[Datenbanken|Datenbanksysteme]] :

- Auf das Europol-Informationssystem [[EIS]] können alle nationalen Stellen in den Mitgliedstaaten zugreifen können. In der BRD haben befugte Beamte der anderen Polizeibehörden unmittelbar Zugriff zu EIS. Daneben wird EIS auch durch Daten von Drittstaaten und [[Interpol]] gespeist.
- Die Analysedatenbanken ([[AWF]]s) enthalten Teildatenbanken für konkrete Fälle, so genannte Einzelfallanalysen, oder auch die längerfristige Beobachtung von Phänomenen, wie z.B. islamischer Terrorismus, radikale Tierschützer Innen und anarchistische TerroristInnen. Bei der Phänomenbeobachtung werden die Ergebnisse allen Zentralstellen der Mitgliedstaaten und den einspeisenden lokalen Abteilungen der Polizeibehörden ([[OK]], [[Staatsschutz]]) mitgeteilt. Bei Einzelfallanalysen werden grundsätzlich nur die betroffenen Mitgliedstaaten und einspeisenden Abteilungen der lokalen Polizeibehörden der Mitgliedsstaaten informiert. Die Analyseergebnisse enthalten allerdings auch Personendaten und sind nicht rein kriminologischer Natur.

= Rechtliche Grundlagen =

Ursprünglich war Europol durch die <<Doclink(C316Europol.pdf,Europol-Konvention von 1995)>> (EPK) geregelt, auf die unten noch des öfteren verwiesen wird.

Im Hinblick auf den [[Lissabon-Vertrag]] wurde die Konvention ersetzt durch den <<Doclink(europol_rat.pdf, Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol))>>.

Dieser wiederum wurde 2016 durch <<Verordnung(2016/794)>> ersetzt.

Bemerkenswert an allen diesen Dokumenten ist das Gewicht, das Datenbanken in ihnen erhalten.

Grundlegend dabei ist [\[\[http://dejure.org/gesetze/AEUV/88.html|Artikel 88 AEU-Vertrag\]\]](http://dejure.org/gesetze/AEUV/88.html), der Existenz und Zweck von Europol grundlegend regelt.

Die Regeln zum Austausch von Daten mit Drittparteien werden in einem [<<Doclink\(2009-europol-datenaustausch.pdf, Ratsbeschluss von 2009\)>>](#) geregelt.

Angesichts der geheimpolizeilichen Tendenzen von Europol lohnt vielleicht ein Blick in die [<<Doclink\(2009-europol-geheimschutz.pdf,Geheimschutz-Regeln von Europol\)>>](#).

Im Juni 2022 trat eine weitere Verschärfung der Europol-Verordnung in Kraft, die so offensichtlich Rechtsstaatsprinzipien verletzt, dass der EDPS selbst im September 2022 zum EU-Gerichtshof geht, um zwei besonders üble Paragraphen kassiert zu bekommen ([\[\[https://edps.europa.eu/system/files/2022-09/EDPS-2022-23-EDPS-request%20to%20annul%20two%20new%20Europol%20provisions_EN.pdf|Mehr beim EDPS\]\]](https://edps.europa.eu/system/files/2022-09/EDPS-2022-23-EDPS-request%20to%20annul%20two%20new%20Europol%20provisions_EN.pdf)).

Im November 2023 kündigte die Kommission den nächsten Europol-bezogenen Grundrechtsabbau an, dieses Mal als Teil der Abwehr von Flüchtenden: [<<Ratsdokument\(2016/794\)>>](#).

Die wesentlichen und aktuellen Dokument sollten sich beim [\[\[https://edri.org/our-work/resist-europol-document-pool/|Dokumentenpool von Resist Europol\]\]](https://edri.org/our-work/resist-europol-document-pool/) finden.

== Europol-Gesetz ==

In der BRD tritt zu den unmittelbar gültigen Verordnungen das Europol-Gesetz (formal: [\[\[http://www.gesetze-im-internet.de/europolg/index.html|Gesetz zur Umsetzung des Ratbeschlusse von 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts\]\]](http://www.gesetze-im-internet.de/europolg/index.html)), das ansonsten noch regelt, dass das [\[\[BKA\]\]](#) nationale Stelle (für den Datenaustausch) und Behörde für die Auskunft ist und der [\[\[BfDI\]\]](#) die nationale Kontrollinstanz ist.

= Datenbanken von Europol =

== Vorgehensweise zum Datenaustausch der Polizeien mit Europol ==

In der Zeitung Streife [<<FootNote\(\[\[http://www.polizei-nrw.de/streife/stepone/data/downloads/0e/00/00/Streife0704.pdf|Die offizielle NRW Polizei-Zeitung Streife\]\] mit einem Bericht eines Verbindungsbeamten über Europol, pdf-File\)>>](#) von 2004 schreibt ein ehemaliger [\[\[Verbindungsbeamte\]\]](#) aus [\[\[NRW\]\]](#) ganz offen, wie die normalen Kriminalbeamten aus [\[\[NRW\]\]](#) Europol am besten nutzen können. Die Straftaten sollten dabei einen gewissen Bezug zur OK aufweisen, aber das würde nicht so eng gesehen. Desweiteren müssten sie schon unter den Bereich Schwerekriminalität fallen und mindestens für zwei [\[\[EU\]\]](#)-Staaten relevant sein. Sie müssten sich dann an die Verbindungsstelle beim [\[\[LKA\]\]](#) [\[\[NRW\]\]](#) wenden um darüber eine Anfrage an das Deutsche Verbindungsbüro bei Europol anzuregen. Desweiteren betont er, dass es wichtig sei, dass die Analysedateien ständig mit neuen Daten gefüttert werden. Es sei daher wichtig, dass jede [\[\[OK\]\]](#)-Abteilung in [\[\[NRW\]\]](#) Analyseberichte nach Europol schicken.

== Informationssystem (IS, EIS) ==

Siehe [[EIS]].

== Analysedateien (AWF) ==

Siehe [[AWF]].

== Check the Web/EU IRU==

Offenbar irgendeine Sorte von Wiki o.ä., in dem "offene Quellen" im Internet gemeinsam gesammelt werden sollten, die "mit Terrorismus in Zusammenhang gebracht werden könnten" (vgl. 4. Tätigkeitsbericht des [[JSB]]).

[[http://euobserver.com/9/24162|EU observer]] berichtet, dass der Zweck von Check the Web sei Redundanzen zu vermeiden: "If you see that a website is [already being] checked by another country, you can save energy."

In einem [[http://www.heise.de/newsticker/meldung/Europol-startet-ueberwachungsprojekt-Check-the-Web-176554.html|Heise-Newsticker-Beitrag über Check the Web]] heißt es, die Plattform solle die Koordination und Arbeitsteilung bei der Auswertung von Online-Auftritten terroristischer Gruppierungen durch Experten sowie den Informationsaustausch über islamistische Websites verbessern. Unter den Experten aus der BRD, die an Check the Web mitarbeiten, befinden sich auch Mitarbeiter`Innen der Verfassungsschutzbehörden ([[http://euro-police.noblogs.org/2010/10/analyse-europol-und-internationaler-datenaustausch/|euro-police 10/2010]]).

Laut [[http://www.datenschutz.hessen.de/tb38k02.htm#entry3159|38. TB Hessen]] (2010) soll Check the Web aus rechtlichen Gründen in eine Analysedatei überführt werden

<<BtDS(18/6699)>> (11/2015; S. 4) nennt mit Stand 29. Oktober 2015 zum Inhalt:

{ { { #!blockquote 647 Autoren (Propagandisten), 133 (terroristische) Organisationen, 256 Medienstellen, 3 834 Erklärungen, 4 148 Publikationen und 4 059 Audio-/Video-Dateien } } }

Als Quelle wird u.a. das „Gemeinsame Internetzentrum“ des BKA genannt.

Im März 2017 berichtet CILIP 112 („alles anti-terror“, [[http://www.statewatch.org/analyses/no-314-europol-iru-policing-internet.pdf|online englisch bei statewatch]]), dass Check the Web nach den Charlie Hebdo-Attacken um eine Lösch-Einheit ergänzt wurde und danach als EU IRU („Internet Referral Unit“) firmiert. Die Lösch-Einheit funktioniert demnach, indem Europol Mails an die Hosters schickt, diese auf unliebsames Material aufmerksam macht und ihnen die Löschung „empfiehlt“. A.a.O. wird auch auf EUCO 18/15 (23.04.2015) verwiesen im Hinblick darauf, dass der Rat das Mandat der IRU bei der Gelegenheit noch vom üblichen „Terrorismus/Extremismus“-Quatsch auf „Internet content used by traffickers to attract migrants and refugees“ erweitert hat.

Bemerkenswert an IRU ist, dass die Zensurpolitiken privatisiert sind; auch nach eigenen Angaben orientiert sich die IRU bei den Löschwünschen an den Terms of Service der Plattformbetreiber.

<<Ratsdokument(14260/16)>> nennt Zahlen von 2015-10/2017: 15421 Löschersuchen auf 31 Plattformen, 88.9% der „Empfehlungen“ wurde nachgekommen.

== Europe Bomb Database ==

2009 hat Europol eine "Europe Bomb Database" ausgeschrieben, was immer das sein mag. Grundsätzlich mag sich ein Blick auf die

[[<http://www.europol.europa.eu/index.asp?page=procurement>|Ausschreibungen von Europol auf der Europol-Webseite]] lohnen.

== ECCP (in Planung) ==

Die [[National and EU-Cybercrime Platforms]] soll in Zukunft Internetkriminalität in der EU gemeinsam bekämpfen und von Europol koordiniert werden.

= Zur Verfügung gestellte Infrastruktur zum EU-Datenaustausch =

== Informationsaustauschsystem InfoEx ==

InfoEx ist laut

[[http://www.europol.europa.eu/publications/Annual_Reports/Annual%20Report%202008.pdf|Europol Jahresbericht von 2008]] eine Anwendung zum Datenaustausch im Rahmen des [[Vertrag von Prüm|Vertrags von Prüm]] und der [[Schwedische Initiative|Schwedischen Initiative]] zwischen den Einzelstaaten für die Europol und die technische Schnittstelle zur Verfügung stellt. Die technische Realisierung von Info-Ex geschieht durch das [[sTesta]] Netzwerk, soll aber nach Angaben des Europol-Jahresberichtes von 2008 in Zukunft durch [[SIENA]] (Secure Information Exchange Network Application) ersetzt werden.

In zitierten Jahresbericht von 2008 sind die Werte von 2000-2008 grafisch aufgetragen. Danach steigt die Zahl der Abfragen kontinuierlich an (im Jahre 2008 ca 280000), wogegen die Anzahl von initiierten Zusammenarbeiten zwischen den Mitgliedsstaaten eine Sättigung zu von ca 8000 zu erreichen scheint.

= Organisation von Europol =

== Immunität ==

Sämtliche Mitarbeiter`Innen (auch die [[Verbindungsbeamte]]) genießen nach Artikel 51 [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol]] auf Grund des Protokolles über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften Immunität.

== Verwaltungsrat ==

Der Verwaltungsrat, der sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat zusammensetzt und in den die Kommission einen Vertreter mit Beobachterstatus entsendet. Der Verwaltungsrat wirkt unter anderem an der Festlegung der vorrangigen Ziele von Europol mit, legt die Rechte und Pflichten der [[Verbindungsbeamte]]n einstimmig fest, bestimmt die Voraussetzungen für die Verarbeitung der Daten, genehmigt die [[Errichtungsanordnungen]] zu den [[AWF]]s und prüft die Probleme, auf die ihn der [[JSB]] (bzw. ab 2018 der EDPS) aufmerksam macht. In der BRD werden die deutschen Vertreter`Innen für vom Bundesinnenminister ernannt ([[http://www.gesetze-im-internet.de/europolg/art_2__7.html|§ 7 Europol-Gesetz]]).

== Direktor == Der Direktor, der nach Stellungnahme des Verwaltungsrates einstimmig vom Rat der [[EU]] für einen Zeitraum von vier Jahren ernannt wird, wobei eine einmalige Wiederernennung zulässig ist. Der Direktor wird von drei stellvertretenden Direktoren unterstützt, die vom Rat der [[EU]] ebenfalls für einen Zeitraum von vier Jahren ernannt werden, wobei eine einmalige Wiederernennung möglich ist

Quelle:

[[http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/police_customs_cooperation/l14005b_de.htm|europa.eu]]

== Verbindungsbeamte ELOS ==

Die Mitgliedsstaaten von Europol entsenden nach Artikel 9 des [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol]] jeweils [[Verbindungsbeamte]] zu Europol, die ELOS (Europol-Liaison Officers) genannt werden. Im Jahre 2008 arbeiteten rund 622 Menschen für Europol. Davon waren 124 [[Verbindungsbeamte]]. Die [[Verbindungsbeamte]]n stammen nicht nur aus den jeweiligen Mitgliedstaaten der europäischen Union. Auch [[Drittstaaten]], wie Australien, Kanada, Kolumbien, Kroatien, Island, Norwegen, Russland, [[Schweiz]], die [[USA]] und [[Interpol]] entsenden zusätzlich zu den einzelnen Mitgliedstaaten einen oder mehrere [[Verbindungsbeamte]]. Die Verbindungsbeamte aus der EU sind dabei neben der Koordinierung der Dateneingabe und Abfrage aus dem Mitgliedsland auch für die zwischenstaatliche Koordinierung wie grenzüberschreitender [[Observation]] und andere [[Maßnahmen]] zuständig. Die BRD schickt [[Verbindungsbeamte]] vom [[BKA]], vom [[Zoll]], der [[Bundespolizei]] und einigen [[LKA]]s. Die Verbindungsbeamt`Innen besitzen eigene Verbindungsbüros im Europol-Gebäude.

== AnalytikerInnen ==

AnalytikerInnen die hauptverantwortlichen für die Analysedateien ([[AWF]]). Momentan sind ca 70 AnalytikerInnen bei Europol beschäftigt. Laut einem Artikel der österreichischen Fachzeitschrift die Kriminalisten<<FootNote([[http://www.diekriminalisten.at/krb/show_art.asp?id=719|Die Kriminalisten]] -- Einsatz in Den Haag)>> setzen sich die AnalytikerInnen aus Kriminalbeamten, Militärangehörigen und ehemaligen Angestellten von Privatfirmen zusammen. AnalytikerInnen sind das, was in den amerikanischen Krimis meist Profiler genannt wird. Nur sind sie in der Regel keine Psychologen und verlassen sich auch nicht auf den 6-Sinn von Psychologen, sondern eher auf das Computer-Orakel namens [[Data Mining]]

== ExpertInnen ==

Experten/innen oder competent authorities, wie sie in den Europol Jahresberichten<<FootNote([[http://www.europol.europa.eu/index.asp?page=publications|Publikationen von Europol, insbesondere Jahresberichte]])>> genannt werden, stammen von den Sicherheitsbehörden der Mitgliedsländer und sind an die Verbindungsbüros angegliedert. Bei den meisten Staaten stammen die Experten/innen von [[Polizei]], [[Zoll]] und Militärpolizei. Die BRD schickt dagegen auch Experten/innen des [[BfV]] und der [[LfV]] nach Den Haag. Laut <<BtDS(17/3143)>> war der Verfassungsschutz 2010 nur am [[#Check the Web|Check the Web]] beteiligt.

== Gemeinsame Ermittlungsgruppen ==

[[Europol]] kann nach Artikel 6 des [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol]] in unterstützender Funktion an gemeinsamen Ermittlungsgruppen teilnehmen, einschließlich an jenen, die gemäß Artikel 1 des Rahmenbeschlusses 2002/465/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen, gemäß Artikel 13 des Übereinkommens vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder gemäß Artikel 24 des Übereinkommens vom 18. Dezember 1997 über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen eingesetzt werden, sofern diese Gruppen Ermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten führen, für die Europol gemäß Artikel 4 [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol]] zuständig ist. Nach dem Vorwort zum [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol]] dienen die gemeinsamen Ermittlungsgruppen dazu, dass Europol auch ermitteln kann, wenn keine tatsächlichen Anhaltspunkte für mafiöse Strukturen vorliegen. Um dieses rechtlich zu ermöglichen, genießen die Europol-Beamte in diesem Fall keine Immunität.

= Kontrolle von Europol =

== Kontrolle durch das Parlament ==

Nach Artikel 88 des [[http://de.wikipedia.org/wiki/AEUV|AEU-Vertrages]] soll die Kontrolle von Europol auch durch das EU-Parlament gewährleistet werden. Bis jetzt (Anfang 2011) gibt es dafür nur Pläne und keine Umsetzung<<FootNote([[http://euro-police.noblogs.org/2010/12/kontrolle-der-taetigkeiten-von-europol|Euro-Police-Blog: Kontrolle der Tätigkeiten von Europol]])>>

== Die Kontrolle durch die nationalen Datenschutzbeauftragten ==

Die nationalen [[Datenschutzbeauftragten]] dürfen nach Art. 33 [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschlusses zur Errichtung von Europol]] prüfen, ob Datenübermittlungen und -abrufe ihrer Behörden in Ordnung waren und dürfen dazu bei den nationalen [[Verbindungsbeamte]]n vorbeischaun. In der BRD teilen sich [[BfDI]] und [[LfDI]]s die Kontrolle. Der [[BfDI]] kontrolliert die Übermittlung an Europol und die [[LfDI]]s die Übermittlung der lokalen Polizeibehörden an die Europol-Schnittstellen Datenbank gemäß [[#Europol-Gesetz|§ 3 Europol-Gesetz]] beim [[BKA]].

== Gemeinsame Kontroll Instanz (GKI) oder Joint Supervisory Body (JSB) ==

Nach Artikel 34 [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol]] hatte auch Europol einen aus Vertreter_innen der Aufsichtsbehörden in den Mitgliedsstaaten gebildeten Ausschuss zur Überwachung des Datenschutzes; siehe [[JSB]].

Seit 2018 liegt die Datenschutzaufsicht beim EDPS.

= Auskunftsrecht =

Das Auskunftsrecht ist einer der Punkte, an denen eine tendenziell geheimpolizeiliche Note von Europol besonders spürbar wird. Zwar gibt es grundsätzlich ein [[Auskunftsrecht]] (, das sich einerseits "kostenlos" und andererseits an nationalstaatlichen Regelungen orientiert sein soll). Allerdings können "unmittelbar betroffene Mitgliedsstaaten" unter nicht ganz klaren Voraussetzungen Einspruch gegen die Auskunft einlegen . Die Auskunft unterbleibt dann "ohne Hinweis auf den Einspruch", und die Antwort von Europol darf keinen Hinweis enthalten, dass gespeichert wird.

Ein Beispiel mit BRD-Bezug vom 1. März 2011:

[[<http://europoljsb.consilium.europa.eu/media/130319/10-03%20%20final%20decision%20a.pdf>|Final Decision des JSB zu Mr. A]]

2008 hat es nach Auskunft der damaligen Aufsicht 135 Auskunftersuchen gegeben.

Vgl. auch [[Europol/AuskunftsPraxis]].

= Geschichte =

Vgl. im lesenswerten [[<http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2007/178/pdf/report1504.pdf>|Wolfgang Wagner: Halt Europol]].

= Kritik =

Kritisiert wurde EUROPOL nach einem [[http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls-papers-Heilig.pdf|Papier der Rosa Luxemburg Stiftung (pdf)]] in den vergangenen Jahren besonders wegen der Führung einer Verdächtigen-Datei durch die [[AWF]]s, da der Unterhalt dieser Dateien das Prinzip der Unschuldsvermutung umkehrt. Des Weiteren werden fehlende Transparenz, mangelnde Öffentlichkeit und die unzureichende demokratische und parlamentarische Kontrolle von EUROPOL beklagt. Über die Aufgaben der Behörde entscheiden die Mitgliedsstaaten eigenständig, das EP wird aus Kontrolle und Mitentscheidung raus gehalten. Weder hat das EP die Möglichkeit eine Aussprache über den jährlichen Tätigkeitsbericht der Behörde zu verlangen, noch kann es den Direktor vor den zuständigen Parlamentsausschuss zitieren. Zum dritten wird bemängelt, dass die Aufgabenzuweisung an EUROPOL zu ungenau und unpräzise sei, z. B. bei dem Begriff der „Terrorismusbekämpfung“. In dem [[Lissabon-Vertrag]] ist eine Beteiligung des EP vorgesehen, nur wurde dieses bis jetzt (2011) noch nicht umgesetzt.

= Weiteres =

== Kooperation mit FRONTEX, Eurojust und anderen EU-Institutionen ==

Europol kann nach Artikel 22 des [[#Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol|Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol]] Daten mit [[Eurojust]], dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung ([[OLAF]]), der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ([[FRONTEX]]), der Europäischen Polizeiakademie ([[EPA]]), der Europäischen Zentralbank und Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht ([[EBDD]]) austauschen. Dafür muss sie ein Abkommen schließen, welches vom Verwaltungsrat genehmigt werden muss und von dem zuvor eine Stellungnahme des [[JSB]] eingeholt werden muss.

== Beteiligung am EU-Rahmenforschungsprogramm ==

Im Rahmen des 7. [[Datenbanken EU#Forschungs-Rahmenprogramme|EU-Rahmenforschungsprogramms]] hat die EU 1.4 Milliarden Euro für "sicherheitsrelevante" Forschung reserviert. In diesem Rahmen ist Europol an verschiedenen Projekten beteiligt. (vgl. [[Datenbanken EU]])

== EU-weite Verdeckte Ermittler im Rahmen von Europol ==

Nach [[http://euro-police.noblogs.org/2011/02/cross-border-spying-on-euro-anarchists/|Information des polizeikritischen Blog Euro-Police]] war Europol über den Einsatz des [[Verdeckte Ermittler|Verdeckten Ermittler]] [[http://www.powerbase.info/index.php/Mark_Kennedy|Marc Kennedy]] aus [[Datenbanken UK|UK]] informiert und wusste auch den echten Namen Marc Stone. Laut [[http://www.heise.de/tp/r4/artikel/34/34241/1.html|Telepolis vom 23.2.2011]] unterhält Europol zudem mit der "Cross-Border Surveillance Working Group" eine Arbeitsgruppe, um die Vermittlung und Honorierung von [[V-Leute|V-Leuten]] und [[Verdeckte Ermittler]] unter den EU-Mitgliedsstaaten zu vereinfachen. Polizeien der Mitgliedsstaaten, darunter das deutsche [[Datenbanken BKA|BKA]] und das [[Datenbanken des Zoll|Zollkriminalamt]], koordinieren sich in einer "European Cooperation Group on Undercover Activities" (ECG). Vermutlich geschah der Spitzelaustausch in diesem Rahmen. Die Bundesregierung behauptet allerdings in einer Antwort auf eine Anfrage der Linken, dass Europol nicht an ECG beteiligt sei (vgl. [[Datenbanken EU#ECG]]).

== Unkontrollierte Weitergabe von SWIFT-Daten an die USA durch Europol ==

Das im Sommer 2010 verabschiedete [[SWIFT]]-Abkommen (korrekt TFTP Agreement) sah vor, dass die Anfragen über Überweisungen ins [[EU]]-Ausland von den [[USA]] an [[SWIFT]] von [[Europol]] kontrolliert werden sollte. Nach einer Inspektion durch den [[JSB]] (der sich zu emanzipieren anfängt) scheint diese Kontrolle nicht vorhanden zu sein, da [[Europol]] kritiklos alle Anfragen genehmigt hat, obwohl sie nicht den Anforderungen entsprachen. Der Linken Abgeordnete Andrej Hunko fordert deswegen den Rücktritt des Europol Direktors <<FootNote([[http://www.scharf-links.de/44.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=15231&tx_ttnews[cat]=25&cHash=be4e0e38ca|Scharf-Links: Das SWIFT Abkommen suspendieren - Europol-Direktor Wainwright muss zurücktreten!]])>>

== Für den Europol-Direktor besteht Datenschutz nur aus Geheimschutz ==

In einem [[http://euro-police.noblogs.org/2011/03/europol-chief-sees-new-roles-for-agency/|europolice-Artikel vom März 2011]] behauptet der amtierende Direktor von Europol, dass

bei Europol sehr viel Wert auf Datenschutz gelegt würde. Er selber hätte sehr viel Erfahrung mit Datenschutz, da er vorher 10 Jahre beim britischen Geheimdienst MI5 gearbeitet hätte. Er scheint dabei nicht zu wissen, dass es bei Datenschutz nicht nur um Geheimschutz, sondern auch um die Verfügungsgewalt und das Wissen der Betroffenen um die persönlichen Daten geht.

“We are unique in the EU as an agency in the ability to collect so much personal data about the private lives of so many citizens in Europe,” he says. This “exceptional responsibility” has never been compromised in the history of the organization. In terms of protecting personal data, “it’s the most robust regime I’ve ever been associated with,” he says.

== Europol-Daten im öffentlichen Home-NAS ==

Im November 2016 [[<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Europol-Daten-waren-im-Internet-frei-verfuegbar-3522779.html>|berichtet heise.de]] ([[http://zembra.vara.nl/nieuws/terrorisme-dossiers-van-europol-uitgelekt|niederländische Originalquelle]]), dass „54 Ermittlungsakten“ im Umfang von rund 700 Seiten ins öffentliche Internet gelangt sind, weil eine Mitarbeiterin die Daten mit nach Hause genommen und dort auf ihrem NAS gespeichert hat. Für dieses wiederum war die Funktion, Daten zu veröffentlichen aktiviert.

== „Fähigkeiten kaum genutzt“ ==

Die Einschätzung, dass bei Europol vieles nicht recht funktioniert, weil die nationalen Polizeibehörden weder Europol noch ihre europäischen Partner nicht recht leiden können und ihnen jedenfalls nicht trauen, wird in <<Doclink(2012-unisys-epirisreport.pdf,der EPRIS-Studie von 2012)>> bestätigt. Die Gutachter schreiben auf S. 10:

{{{#!blockquote Experiences of the last ten years have shown that the assumption that existing systems are used to their full potential should be not taken for granted. Interviews in this study confirmed previous findings that a large majority of EU Member States greatly underuse the capacities of the Europol and Interpol information system and the EU Customs File Identification Database (FIDE). This is not due to legal constraints, but to a lack of motivation and national capacity to provide information which may be of use to other EU Member States. }}}}

== Datenaustausch mit allerlei zweifelhaften Regimes ==

In einer [[<http://www.statewatch.org/news/2017/oct/eu-com-security-union-anti-terror-package-new-measures-prel.pdf>|Pressemitteilung aus dem Oktober 2017]] lobt ausgerechnet Kommissionschef Juncker (in dessen Zeit als Regierungschef in Luxemburg False-Flag Anschläge auf Strommasten und Flughäfen durch die fürstlichen Sicherheitsbehörden fallen):

{{{#!blockquote [The EU commission is proposing to enhance] Europol's cooperation with third countries by presenting, before the end of the year, recommendations to the Council to authorise the opening of negotiations for agreements between the EU and Algeria, Egypt, Israel, Jordan, Lebanon, Morocco, Tunisia and Turkey on the transfer of personal data between Europol and these countries to prevent and combat terrorism and serious crimes. }}}}

Alles lupenreine Demokratien, in deren Händen mensch ganz dringend die Spekulationen aus den [[AWF]]s haben will, klar.

2019 gingen diese Gespräche munter weiter: [[https://www.middleeasteye.net/news/exclusive-eu-talks-egypt-and-other-states-over-police-data-sharing|Middleeasteye.net vom 24.2.2019]].

== A data black hole ==

Der Guardian [[https://www.theguardian.com/world/2022/jan/10/a-data-black-hole-europol-ordered-to-delete-vast-store-of-personal-data|berichtet 2022]], dass der EDPS eine „Große Datenarche“ mit sportlichen vier ohne Rechtsgrundlage gespeicherten Petabyte bei Europol gefunden hat und deren Löschung angeordnet hat. Europol weigert sich mit der interessanten Argumentation:

{ { {#!blockquote [The] Europol regulation was not intended by the legislator as a requirement which is impossible to be met by the data controller [ie Europol] in practice. } } }

- die Behörde versucht also gar nicht, die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens in Abrede zu stellen und argumentiert stattdessen, sie müsse das Recht brechen.

Die ganze Geschichte kam übrigens infolge eines Auskunftersuchens ans Licht, das Europol ziemlich so verschleppt hat, wie das auch mit hier generierten Anfragen die Regel ist.

= Links =

- [[http://www.cilip.de/ausgabe/61/tecs.htm|Cilip-Artikel von 1998 zu Europol]]
- [[http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/police_customs_cooperation/l14005b_de.htm|EU-Info zu Europol]]
- [[http://heise-online.mobi/news/Bruessel-will-die-Befugnisse-von-Europol-deutlich-ausdehnen-635958.html|Heise zum Ratsbeschluss]]
- [[http://www.datenschutzzentrum.de/faq/europol.htm|ULD Schleswig-Holstein zu Europol]]

= Referenzen =

Version #1

Erstellt: 2025-10-27 22:37:16 UTC von Datenschmutz Migration Bot

Zuletzt aktualisiert: 2025-10-27 22:37:17 UTC von Datenschmutz Migration Bot